

Deutschlands Eintritt in den Völkerbund im Januar!

Genf, 20. Oktober. In Völkerbundkreisen werden die Ergebnisse der Locarnoer Konferenz zumeist mit Befriedigung betrachtet. Gestützt auf die Geschäftsordnung der Völkerbundversammlung ist man der Meinung, daß vor Januar kaum eine Versammlung für die Aufnahme Deutschlands stattfinden könnte. Inzwischen wird allgemein der Ratifizierung der Locarnoer Verträge mit Spannung entgegengefeuert.

Französisch-englische Beratung um die Räumung der Kölner Zone.

Paris, 20. Oktober. „Journal“ schreibt: Um zu beweisen, daß es der englischen und der französischen Regierung Wille sei, rasch zu einer Räumung der Kölner Zone zu kommen, hätten Briand und Chamberlain gestern die Frage erörtert, welche Form die Besetzung annehmen solle, wenn die erste Zone geräumt sei. Auch gestern bei dem Essen bei Briand hätten Painlevé, Briand und Chamberlain die Frage besprochen. Wenn Deutschland den Willen habe, der Politik von Locarno zu folgen, dann würden sich die Alliierten nicht mit der Räumung der ersten Zone begnügen. Es sei natürlich, daß die allgemeine Regelung der Besetzung abgeändert werde, um so ein Regime der Entspannung anzubahnen. Allerdings könne nicht die Rede davon sein, das Regime im Saargebiet abzuändern; dieses Regime sei durch den Versailler Vertrag festgelegt. Man erkläre übrigens in französischen diplomatischen Kreisen, daß diese Frage in Locarno während der Verhandlungen niemals angeschnitten worden sei.

Zu den Gerüchten über einen Schritt Tschischewins bei Briand.

Berlin, 20. Okt. Wie die Pressestelle der Botschaft der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken mitteilt, entsprechen die Londoner und Pariser Meldungen einzelner Berliner Blätter, wonach Tschischewin Briand um eine Unterredung in Paris ersucht haben soll, in keiner Weise den Tatsachen. Ein derartiger Schritt Tschischewins ist nicht erfolgt.

Der Bürgermeister von Alzey freigesprochen.

Das Urteil des französischen Kriegesgerichtes von Mainz gegen den Bürgermeister von Alzey Dr. Dill wegen angeblich übertriebener Forderung für die Reparatur eines von den Besatzungstruppen zerstörten Türschlosses ist gestern in der Berufungsinanz aufgehoben worden. Der Bürgermeister wurde freigesprochen.

Die deutsch-russischen Handelsbeziehungen.

Berlin, 21. Oktober. Der in Berlin weilende stellvertretende Volkskommissar für Außenhandel der Sowjetunion Frumkin machte gestern in den Räumen der Berliner russischen Handelsvertretung vor einigen Pressevertretern Ausführungen über die Entwicklung des deutsch-russischen Handelsvertrages. Einleitend erklärte Frumkin, daß sich der russische Warenumsatz nach Deutschland in der Zeit von 1920 bis 1925 von 184 Millionen Goldrubel auf 365 Millionen Goldrubel gesteigert habe. Die auf Grund des neuen deutsch-russischen Kreditabkommens zu tätigen Abschlässe werden voraussichtlich in der Hauptsache an die Textilindustrie, die metallurgische Industrie und die Industrie der Steine und Erden vergeben werden. Der 100-Millionen-Kredit könne sich aber wegen seiner Kurzfristigkeit nicht voll auswirken, da nur Waren mit kurzer Lieferfrist bestellt werden können. Ueber die Aussichten des russischen Getreideexportes erklärte Frumkin, daß man hoffe, den Exportplan voll durchzuführen, obgleich die Ernte bisher nur einen Betrag von etwa 85 Prozent der ursprünglichen Schätzung ergeben habe. Ueber die russische Naphtaproduktion teilte er mit, daß diese etwa 90 Prozent Vorkriegsmenge erreicht habe.

Landtagswahlen in Memel.

Memel, 20. Oktober. Das vorläufige Endergebnis der Wahlen zum Landtage in der Stadt Memel ist folgendes: Wahlberechtigte: 19 778, abgegebene Stimmen: 16 907. Einheitsfront: Volkspartei: 12 195, Landwirtschaftspartei: 208, Sozialdemokratie: 2949 Stimmen, Autonomiebund: 145 Kommunisten: 943 Stimmen. Von den drei Landkreisen liegen die Ergebnisse aus 48 von insgesamt 67 Stimmbereichen vor. Die abgegebenen Stimmen verteilen sich wie folgt: Einheitsfront: Volkspartei: 9378, Landwirtschaftspartei: 16 143, Sozialdemokratie 5175 Stimmen, Autonomiebund 285, Kommunisten 253 Stimmen. Ueber die Verteilung der Mandate läßt sich zuverlässig noch nicht mitteilen.

Wie außerordentlich stark die Teilnahme der memelländischen Bevölkerung an der Wahlhandlung gewesen ist, ergibt sich daraus, daß z. B. in Hindenburg die gesamte Wählererschaft mit Ausnahme von 8 Kranken zur Wahlurne gegangen ist. Dabei hatten die Wähler einen Weg von 20 Kilometer hin und zurück zu Wasser und zu Lande zurückzulegen. In Schwarzwald und Ribben haben 87 Prozent, in Preußisch 85 Prozent, in Prockuß über 87 Prozent, in Hedenburg 90 bis 95 Prozent und in Ruß über 90 Prozent gewählt.

Ankunft Chamberlains in London.

London, 21. Oktober. Zum Empfang Chamberlains, der bei seiner Ankunft begeistert begrüßt wurde, hatten sich u. a. eingefunden der Botschafter Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und Italiens, in Vertretung des Königs Lord Cromer sowie alle in London anwesenden Kabinettsmitglieder.

Marokkorkriegsbericht.

Madrid, 20. Oktober. Durch königliches Dekret ist General Diego de Saavedra zum Generaldelegierten der spanischen Oberkommissariate für Marokko ernannt worden. Paris, 20. Oktober. Nach einer Havasmeldung aus Tanger hat die französische Aktion zur Säuberung des Djebel Mesaud vom Gegner heute vormittag begonnen.

In einer Versammlung in Targuist erklärte Abd el Krim, ein Abkommen mit Frankreich und Spanien könne nur zum Nachteil der Rifbewohner abgeschlossen werden. Infolgedessen sei es besser, den Kampf fortzusetzen.

Damaskus von den Drusen besetzt!

Paris, 20. Okt. Von Büro des Ministerpräsidenten wurde heute abend der Agentur Havas über die Zwischenfälle in Damaskus erklärt, von General Sarrail sei heute vormittag in der Tat gemeldet worden, daß in einem Vorort von Damaskus Unruhen ausgebrochen seien. Der General Sarrail habe aber nichts weiter mitgeteilt, was darauf schließen läßt, daß die Ereignisse die Bedeutung haben, die ihnen ausländische Nachrichten beilegen.

Entgegen der Havasmeldung, die berichtet, daß die Drusen nur in die südlichen Viertel von Damaskus eingedrungen seien, weiß die „Vossische Zeitung“ aus London zu melden, daß Damaskus gefallen sei und die Garnison sich ergeben habe. Der Draht von Beirut nach Damaskus ist gestört.

Entgegen dieser Meldung teilt Havas mit: Die Aufstände, die in den Vororten von Damaskus ausgebrochen waren, sind beendet. Die Führer der Aufständischen haben sich unterworfen. Sie haben eine hohe Summe zu zahlen und mehrere Tausend Gewehre zu übergeben. Auf die Eisenbahnlinie Damaskus-Beirut ist ein Sabotageakt verjagt worden, der jedoch rechtzeitig entdeckt worden ist.

Tschechenkampf gegen deutsche Schulen!



Der Tschechenkampf gegen die deutschen Schulen.

Um das deutsche Element auszurotten, geht die Tschechoslowakei seit Jahresfrist rücksichtslos gegen die deutschen Schulen vor. 8818 deutsche Schulklassen in den deutschen Gebieten Böhmens, Mährens und Schlesiens sind bereits oder werden zurzeit aufgelöst; das sind 30,8 % des gesamten deutschen Volks- und Bürgerschulwesens. Im Sudetenland sind sogar in einzelnen Städten bis zu 80 % aufgehoben. An Stelle der aufgelösten deutschen Schulen errichtet man sogenannte tschechische Kinderheilschulen, die oft nur von 2, 3 oder 4 tschechischen Kindern besucht werden, während die übrigen Kinder Deutsche sind.

Die Lage in China.

Peking, 20. Oktober. Zwischen den zu Tchangtschins Streitkräften gehörigen Fjengtien-Truppen und den Tschefiang-Truppen kam es bei Tschinkiang, 150 Meilen westlich von Schanghai, zu Schirmjähren.

Die Truppen Tchangtschins sammeln sich bei Pudow am nördlichen Ufer des Jangtschiang. Der Zivilgouverneur von Schantung soll sich mit Verstärkungen auf dem Marsch nach Pudow befinden. Ein Teil der Mudener Truppen, die gegen den Jangtschiang überschritten, wurden von den Kiangsu-Soldaten entwaffnet und zurückgeschickt.

Schanghai, 20. Oktober. Wupesiu wird, wie man hier annimmt, heute in Hankau bekanntgeben, daß er der Posten eines Oberbefehlshabers in den Zentralprovinzen annimmt und daß die Provinzen Kiangsu, Tschefiang, Nganhwei, Wupesiu, Kiangsi und Fukien ein Bündnis abgeschlossen haben. Wupesiu hat endgültig gegen Peking und Wudow Partei ergriffen. Das Bündnis zwischen den genannten Provinzen hat den Zweck, das sogenannte verfassungsmäßige Parlament wiederherzustellen.

Konventionsentwurf über den Sklavenhandel.

Genf, 20. Okt. Der Generalsekretär des Völkerbundes hat den Regierungen aller Mitgliedstaaten des Völkerbundes sowie auch denjenigen von Afghanistan, Deutschland, Ecuador, Vereinigte Staaten von Amerika, Aegypten, Mexiko, Rußland, Sudan und der Türkei einen Konventionsentwurf über den Sklavenhandel, die Sklaverei und sklavereihähnliche Zustände, dessen Annahme durch die letzte Völkerbundversammlung empfohlen wurde, unterbreitet. Dem in der Sitzung vom 23. 9. durch den Völkerbundrat gefassten Entschluß gemäß richtete der Generalsekretär an diese Regierungen die Einladung, alles in ihrer Macht Liegende zu tun, um ohne Ausschub die nötigen Maßnahmen im Sinne des Konventionsentwurfes zu treffen und sich schon jetzt gegenseitige Hilfe zu gewähren zur Unterdrückung des Sklavenhandels, der Sklaverei und sklavereihähnlicher Zustände durch alle zur Verfügung stehenden Mittel und insbesondere durch Abschluß von Sonderabkommen. Der Generalsekretär ersucht die Regierungen ferner, ihm vor dem 1. Juni 1926 ihre Bemerkungen, die sie vielleicht zu dem Entwurf zu machen haben, zu übermitteln.

Besuch des Reichspräsidenten in Württemberg.

Stuttgart, 20. Okt. Reichspräsident v. Hindenburg wird seinen bereits angekündigten Besuch bei der württembergischen Regierung gegen die Mitte des Monats November abhalten.

Die Franzosen über die deutsche koloniale Propaganda.

Der „Revue Coloniale et Maritime“ vom 18. Juli d. J. entnehmen wir nachstehenden Bericht ihres Vertreters in Berlin:

Im Rai meldete ich, daß sich im Reichstag eine interfraktionelle koloniale Vereinigung gebildet hatte. Diese Gruppe hat seitdem vielfache Beweise ihres Daseins gegeben und soeben unter dem Vorbehalt des Dr. Weill eine Geheiminspektion abgehalten. Dr. Weill, ehemals Reichskolonialminister, hat dabei einen vertraulichen Bericht vorgelegt, in dem die Ausschichten, unter denen Deutschland Wiedergewinnung eines Teiles seiner Kolonien erhoffen könnte, behandelt werden.

Nach beharrlich wiederkehrenden Gerüchten — vor allem in den Kreisen der Kolonialbewegung — hätte sich eine der alliierten Großmächte geneigt erwiesen, gewisse koloniale Ansprüche Deutschlands mit Wohlwollen zu prüfen. Politiker, die dem Grundsatz „do ut des“ huldigen, haben hervor, daß Deutschland nur dann Mitglied einer gegen den Bolschewismus gerichteten Heiligen Alliance mit England und Frankreich werden dürfe, wenn es u. a. einen wesentlichen Teil seiner Kolonien zurückgibt. Anscheinend hat eine sehr ernsthafte diplomatische Prüfungnahme in diesem Sinne stattgefunden, deren Ergebnis jene Geheiminspektion im Reichstag gewesen sein könnte. Jedenfalls mußte dem unbefangenen und aufmerksamen Beobachter beim Ausbruch der Wirren in China ein Umstand auffallen: die große deutsche Presse erklärte mit einer — sagen wir rührenden — Einmütigkeit, daß die Zeiten der eifrigen europäischen Zusammenarbeit im fernem Osten, als der Admiral Seymour im Vorgezogenstand den deutschen Truppen zurief: „Germans to the front“, vorüber seien. Die Tatsache, schreie dieselbe Presse, daß wir unserer Kolonien und Außenbesitzungen, wie zum Beispiel Kantschou, beraubt worden sind, entbindet uns von der Verpflichtung, uns für die Fragen zu interessieren, die jetzt so viele Besorgnisse in England wachrufen.

Von da bis zu dem Refrain: „Geht uns unsere Kolonien wieder!“ ist nur noch ein Schritt, der, wie man begreifen wird, leicht getan werden kann.

Mittlerweile wird die deutsche Kolonialpropaganda fortgesetzt. Sie erscheint in den verschiedensten Gestalten. Im Eisenach ist eine Kolonialausstellung eröffnet worden, die bis zum 28. Juli dauern soll, und von dem Herzog Adolf Friedrich zu Mecklenburg inmitten einer zahlreichen Versammlung eröffnet wurde. Die Eröffnungsrede hielt der Gouverneur a. D. Seib. Andererseits hat die Universität Erlangen den Kronprinzen Rupprecht von Bayern zum Ehren doktor ernannt mit der Begründung, daß der bayerische Thronfolger viel zur Entfaltung des kolonialen und überseeischen Gedankens in Deutschland beigetragen habe. Tatsächlich hat der Prinz nur eine Bestreise gemacht, und zwar nach Indien, vor dem Krieg, und darüber ein Buchlein geschrieben, das dem großen Publikum unbekannt geblieben ist. Aber man muß anerkennen, daß der Kronprinz Rupprecht seit einiger Zeit einer der hervorragendsten kolonialen Agitatoren im Reich ist. Bei dem letzten Kolonialkongreß in München, dem er in großer Uniform betwohnte, hielt er eine Rede, in der folgende bewundernde Stelle vorkam: „Als der große Kaiser Bismarck Deutschland vererbte, daß es unermessliche Kolonien besaß, war unsere Freude unermesslich. Aber sie war nur von kurzer Dauer. Ein hartes Schicksal hat uns jetzt unserer Kolonien beraubt. Doch wir haben das Recht, stolz zu sein auf das, was wir in so kurzer Zeit dort geleistet haben. Auf allen Gebieten unserer kolonialen Tätigkeit haben wir Großes erreicht. Man hat uns schlechter Eingeborenenbehandlung angeklagt. Gätten aber die Eingeborenen dann so tapfer auf seinen Letztum-Vorbedes gekämpft? Das, was war, ist heute nicht mehr, doch es wird wiederkommen. Die Vergangenheit muß uns Vertrauen auf das Morgen einflößen!“ Diese Rede verfiel in die Wiederverwertung der verlorenen Kolonien war wohl eine „Auszeichnung“ wert. Der Zweck heiligt die Mittel, und die Geste des Erlanger Universitätsdirektors hat den gewünschten Erfolg gehabt, das ist das Wesentliche für die kolonialen Fanatiker.

Was die militärischen Operationen gegen die Rifstabylen anbetrifft, so werden sie selbstverständlich in Deutschland mit einer wahrhaft atemlosen Aufmerksamkeit verfolgt. In einem Artikel „Marokko und die europäische Kolonialpolitik“ sprechen die Afrika-Nachrichten von einem kolonialen Schach Frankreichs. Diese deutsche Kolonialrevue gibt zuerst einen Überblick über die diplomatischen Verhandlungen, deren Gegenstand Marokko gewesen ist — natürlich nach ihrer Weltansicht —, und schreibt alsdann, daß unsere gegenwärtigen Schwierigkeiten am Querschnitt das Vorbild zum Mittelmeerraum seien. Man geht entschieden weit in Berlin und will offenbar dem auch in Deutschland bekannten Schriftsteller: „Was man wünscht, das glaubt man gern“, Ehre machen.

Griechisch-bulgarischer Zwischenfall.

Paris, 20. Okt. Havas berichtet aus Saloniki, der Stab des 3. Armeekorps veröffentlicht folgende Nachricht: Gestern haben reguläre bulgarische Streitkräfte überraschend griechische Posten in der Gegend von Demotika Capu angegriffen. Ein griechischer Offizier, der als Parlamentär die weiße Fahne trug, ist von den bulgarischen Truppen getötet worden. Der Zwischenfall ist über einen einfachen Grenzkonflikt hinausgewachsen. Der Kampf ist heute vormittag von selten der Bulgaren wieder aufgenommen worden. Von Seiten der Griechen sind Maßnahmen getroffen worden, um der Lage zu begegnen.

Berlin, 20. Oktober. Wie der Landwirtschaftsminister mitteilt, sind die Reparationslieferungen von Vichy an Frankreich sehr gering und können die Preise nicht beeinflussen.

Berlin, 20. Oktober. In der Reichshauszeit fand heute eine Besprechung mit Vertretern des Rheinlands über den Vertrag von Locarno und das Rheinland statt.

Paris, 20. Oktober. In Paris-Duc wurden fünf Kommunisten wegen Verhockung von Militärpersonen zu je 5 bis 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

Rom, 20. Oktober. Mussolini ist im Wasserflugzeug über Goeta zurückgekehrt.

Bukarest, 20. Oktober. In London ist ein Abkommen zwischen England und Rumänien über die Kriegsschiffe abgeschlossen worden.